Newsletter – Oktober/ November 2016

Endspurt zur Landesversammlung

Liebe Freundinnen und Freunde der CSA,

am 19. November ist es wieder soweit: In Weiden findet unsere CSA-Landesversammlung mit Neuwahlen statt. Als Ehrengast wird der Bezirksvorsitzende der Oberpfalz, StS Albert Füracker MdL, die Festrede halten. Themen gibt es dieses Jahr genug: Vom neuen Grundsatzprogramm über die Rente bis zur Steuerreform haben wir genügend Stoff für gute Gespräche.

Ein wichtiger Erfolg ist unserem Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer jüngst beim Länderfinanzausgleich gelungen. Nach jahrelangen und zähen Verhandlungen wird Bayern ab 2020 dauerhaft 1,3 Milliarden Euro pro Jahr weniger bezahlen müssen. Damit vergrößert sich der Handlungsspielraum für bayerische Projekte, und das bei einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik. Dem Ziel, bis 2030 schuldenfrei zu sein, war Bayern noch nie näher!

Sorge bereitet mir eine aktuelle Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, die die Apothekenversorgung auf dem Land nachhaltig schwächen könnte. Dabei geht es um die Aufhebung der Preisbindung für rezeptpflichtige Medikamente. Der EuGH geht davon aus, dass diese Arzneimittel auf dem Land teurer werden sollten. Hier ist der Bund aufgerufen, schnell und konsequent eine gerechte Lösung zu finden, die ländliche Räume nicht benachteiligt.

Herzlichst,

Euer Reiner Meier

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Landesvorsitzender der CSA

Aus dem CSA-Landesvorstand

Von großer personeller Kontinuität zeugt das Personaltableau der CSA für die Landesversammlung.

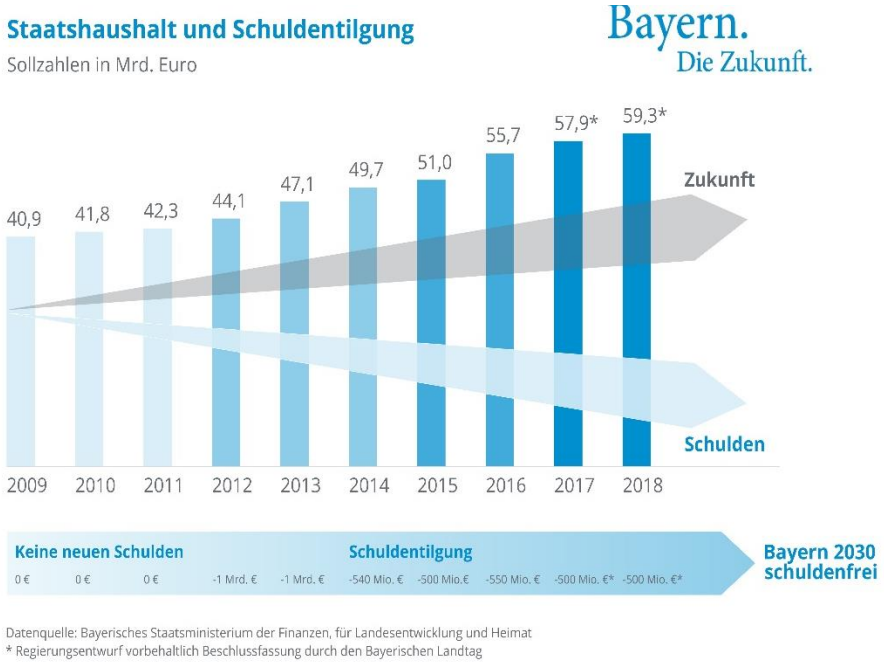
Auf einer außerordentlichen Sitzung des CSA-Landesvorstandes in Nürnberg gab es auf meinen Vorschlag hin einstimmige Unterstützung für Joachim Unterländer als alten und neuen Landesvorsitzenden. Große Aufgaben warten auf den Vorsitzenden. Die CSA muss sich nicht nur verjüngen, sondern vor allem in Nordbayern wieder mehr Zugkraft für ihre Mitglieder, aber auch besonders für neue Mitglieder entfalten.

Mit der immer dringlicher notwendigen Rentenreform muss dem Gesetzgeber der schwierige Spagat zwischen menschenwürdigen Leistungen einerseits und einer nachhaltigen Finanzierbarkeit andererseits gelingen. Die Herausforderungen der Altersarmut müssen nachhaltig gelöst werden, statt sie unseren Kindern zu vererben. Hier werden wir in den nächsten Monaten auf allen Ebenen große Überzeugungsarbeit leisten müssen!

Gleiches gilt für die Zukunft der Arbeit, wo wir den Rufen der Wirtschaft standhalten müssen, wichtige Arbeitnehmerrechte und soziale Errungenschaften wie das Arbeitszeitrecht preiszugeben. Es spricht nichts gegen eine gewisse Flexibilisierung, aber Flexibilisierung darf kein Schlagwort für eine Entwicklung im Arbeitsrecht sein, die dem Arbeitnehmer ausschließlich Nachteile beschert!

Als Spitzenkandidat der CSA und als CSA-Vertreter im Deutschen Bundestag werde ich diese Herausforderungen mit Herzblut und Engagement unterstützen. Im CSA-Landesvorstand stelle ich mich dazu auch in den kommenden zwei Jahren gerne wieder für das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden zur Verfügung.

Endlich Bewegung beim Länderfinanzausgleich!



Nach jahrelangen und äußerst zähen Verhandlungen hat sich Bayern bei der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzen durchgesetzt: Ab 2020 wird sich Bayern 1,3 Milliarden Euro pro Jahr Transferzahlungen an andere Bundesländer sparen.

Hintergrund ist das Auslaufen der bisherigen Vereinbarungen und des Solidarpaktes II zum Jahr 2019, weswegen eine Anschlussvereinbarung notwendig wurde.

Der bisherige Mechanismus aus Umsatzsteuerverteilung und eigentlichem Länderfinanzausgleich wird durch ein einheitliches Ausgleichssystem ersetzt. Dadurch werden die Finanzströme zwischen den Ländern transparenter und gerechter. Der Bund verzichtet für das neue System auf Haushaltsmittel in Höhe von 9,5 Milliarden Euro pro Jahr, die den Ländern zugutekommen. Da künftig die Zahlungen Bayerns gedeckelt werden, erspart sich Bayern jährlich 1,3 Milliarden Euro Transferzahlungen in den Finanzausgleich.

Ich meine: Der neue Länderfinanzausgleich ist ein wichtiger Erfolg für Bayern. Mit den gesparten Zahlungen schafft sich Bayern neue Spielräume im Landeshaushalt. Gleichzeitig rückt das Ziel, alle Schulden Bayerns bis 2030 zurückzubezahlen in greifbare Nähe!

Rentenkonzept auf Rädern?

Der Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales der CDU hat im September ein Rentenpapier vorgelegt, das die Rentendebatte um viele gute Ansätze bereichert. Ausdrücklich unterstütze ich den Vorschlag, jüngeren Arbeitnehmern auch über 2030 hinaus ein Mindest-Rentenniveau zuzusagen. Die aktuellen Mindestniveaus stammen aus dem Jahre 2004 und müssen fortgeschrieben werden. Nur wenn künftige Rentenbezieher eine klare Aussage, über ihre Rente bekommen, können sie angemessen vorsorgen.

Ebenso richtig ist die Forderung, Selbstständige zur Altersvorsorge zu verpflichten. Das kann entweder privat oder im Rahmen von berufsständischen Versorgungswerken erfolgen oder in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die andere Seite der Medaille muss aber der Kampf gegen Scheinselbständigkeit sein. Verträge, die nur das Ziel haben, alle Sozialabgaben zulasten des Mitarbeiters abzuwälzen begünstigen Altersarmut. Ohne den Arbeitgeberanteil ist bei niedrigen Einkommen oft keine vernünftige Altersvorsorge möglich. Solche Verträge sind sittenwidrig und müssen unterbunden werden!

Auch die Forderung nach mehr Eigenvorsorge ist in der Sache nicht falsch, kann aber nur dann ein effektives Mittel gegen Altersarmut sein, wenn sie sich auch in der Praxis lohnt und finanziell möglich ist. Jede staatliche Förderung muss deshalb besonders jenen Einkommen zugutekommen, die bisher zu wenig Vorsorge betreiben können. Eine Förderung mit der Gießkanne hilft denen, die wirklich von Altersarmut bedroht sind, nicht weiter.

Äußerst kritisch sehe ich allerdings den Vorschlag der jüngsten Koalitionsrunde, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. Ein solches „Rentenkonzept auf Rädern" geht von der falschen Prämisse aus, dass ein längeres Leben automatisch auch die erwerbsfähigen Phasen verlängert. Das ist keineswegs belegt und trifft auch sicher nicht auf alle Berufsgruppen zu. Ein solcher Ansatz sollte in dieser Pauschalität nicht weiterverfolgt werden!

Apothekensterben verhindern!

Die gesetzlich geregelten Abgabepreise für rezeptpflichtige Arzneimittel in Deutschland verstoßen gegen europäisches Recht. Das entschied der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Nun muss der Bundesgesetzgeber schnell handeln, um ein Apothekensterben auf dem Land zu verhindern.

Rezeptpflichtige Arzneimittel: Keine Ware wie jede andere!

Wenig Verständnis hat Reiner Meier derzeit für die Richter am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Diese hatten in einem vielbeachteten Urteil die gesetzlich geregelten Preise für rezeptpflichtige Arzneimittel in Deutschland für europarechtswidrig erklärt. Apotheken aus anderen EU-Ländern werde der Eintritt in den deutschen Markt unzulässig erschwert.

Unangenehm überrascht zeigt sich Reiner Meier vor allem davon, dass Versorgungsbelange das Gericht nicht überzeugen konnten. „Die Preisbindung dient vor allem dem Schutz der flächendeckenden Apothekenversorgung. Die Apotheken vor Ort leisten mit Nacht- und Notdiensten, Beratungen und Einzelzubereitungen wichtige Gemeinwohldienste. Das alles steht nun in Frage."

Stattdessen werde nun einer Rosinenpickerei durch Versandapotheken aus dem EU-Ausland Tür und Tor geöffnet. „Diese Unternehmen konzentrieren sich ganz auf die profitablen Bereiche des Apothekengeschäfts. Sie übernehmen aber meistens keine Gemeinwohldienste. Ich erwarte nicht, dass eine niederländische Versandapotheke einen relevanten Beitrag zu den Notdiensten in der Oberpfalz leistet", zeigt sich Reiner Meier überzeugt.

Besonders ärgert sich der Gesundheitspolitiker über das Argument der Richter, Apotheken könnten mangels Konkurrenz im ländlichen Raum einfach höhere Preise verlangen, wodurch ein Anreiz zur Niederlassung entstehe. „Die Preisbindung für rezeptpflichtige Arzneimittel will gerade verhindern, dass die Preise auf dem Land höher sind als in den Ballungsgebieten. Da geht es auch um gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land."

Angesichts des EuGH-Urteils ist aus Meiers Sicht nun Eile geboten. Er plädiert für ein generelles Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Medikamenten, wie es in 21 von 28 EU-Ländern schon besteht. „Es gibt bereits erste Anhaltspunkte für aggressives Preisdumping aus dem EU-Ausland. Wenn Versandapotheken ihren Kunden Geld für jedes eingereichte Rezept versprechen, hat das mit einem seriösen Apothekenbetrieb nichts mehr zu tun.

Ich meine: Wir müssen nun schnellstmöglich verhindern, dass es zu einem Apothekensterben auf dem Land kommt. Die Erfahrung zeigt: Wenn eine Apotheke weg ist, ist sie weg.

Plenarrede Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern

In meiner 13. Rede vor dem Deutschen Bundestag habe ich mich gegen zwei Anträge der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ausgesprochen, mit denen Asylbewerbern von Anfang an alle Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen erhalten sollten.

Die gesetzliche Krankenversicherung leistet viel mehr als die notwendige Akutversorgung!

Die Prämisse der Opposition ist, dass nur das Leistungsniveau der GKV menschenwürdig ist. Das ist falsch. Jeder Mensch, der in Deutschland Schutz sucht, bekommt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die akut notwendige medizinische Behandlung. Diese Behandlung wird aus Steuermitteln finanziert, denn es ist eine gesamtgesellschaftliche, soziale Aufgabe.

Die gesetzliche Krankenversicherung ist etwas ganz anderes. Hier bezahlen die Versicherten Beiträge und erhalten dafür Leistungen, die über dieses Mindestmaß hinausgehen. Hier darf man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen!

Auch die Forderung der Opposition, die elektronische Gesundheitskarte für alle Asylbewerber verpflichtend einzuführen, lehne ich ab. Der Bund hat schon längst die Möglichkeit geschaffen, diese Karte auf freiwilliger Basis einzuführen. Die Wahrheit ist: Viele Kommunen wollen das parteiübergreifend gar nicht! Wenn also diejenigen, die am nächsten an den Asylbewerbern dran sind, eine elektronische Gesundheitskarte ablehnen, sollte der Bund das respektieren!

Es ist keine große Kunst, politische Überbietungswettbewerbe zu betreiben und immer und immer wieder ein bisschen mehr zu versprechen als die anderen. Am Ende der Debatte werden wir alle aber daran gemessen, ob es uns gelingt, eine stimmige, gerechte Gesundheitsversorgung in unserem Land zu gewährleisten.

Termine: CSA-Landesversammlung am 19.11. in Weiden

Es ist für einen Bezirksvorsitzenden immer etwas Besonderes, die Landesversammlung ausrichten zu dürfen. Als CSA-Bezirksverband Oberpfalz ist es uns deshalb eine Ehre, Euch am 19. November in der Weidener Max-Reger-Halle empfangen zu dürfen!

Unser Ehrengast ist der Bezirksvorsitzende der Oberpfalz, Albert Füracker, der auch die Festrede übernehmen wird.

Wir freuen uns schon auf Euer zahlreiches Kommen!

Freut sich schon auf die CSA-Landesversammlung: Bezirksvorsitzender der Oberpfalz Staatssekretär Albert Füracker.

Reiner Meier auf dem CSU-Parteitag 2016 in München

Am vergangenen Wochenende lag München im Fokus des Interesses: Der CSU-Parteitag hat das neue Grundsatzprogramm beschlossen.

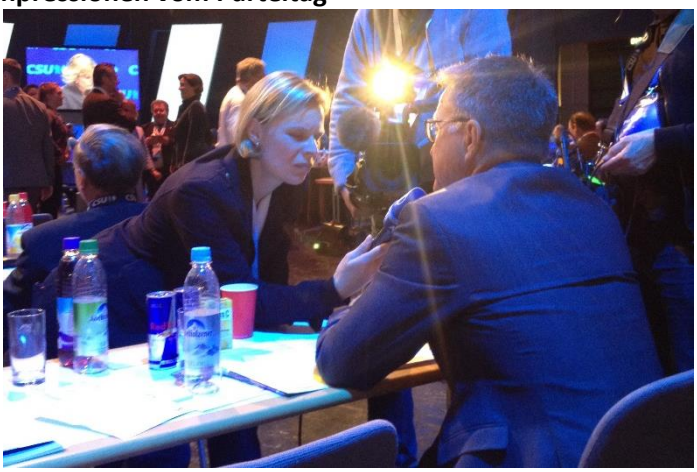
Darin wird dreierlei deutlich: Die CSU ist eine Volkspartei, die CSU ist eine bayerische Partei und die CSU ist eine konservative Zukunftspartei. Das bedeutet: Wir vertreten keine Splitterinteressen, sondern vor allem die Menschen in Bayern. Wir haben den Anspruch, Politik für breite Teile der Gesellschaft zu gestalten und, wo es nötig ist, gerechte Kompromisse zwischen den Bedürfnissen und Wünschen zu finden. Dabei bekennen wir uns zu unseren christlichen Werten und Wurzeln, ohne uns Neuem zu verschließen.

In vielen guten Gesprächen vor Ort habe ich wichtige Impulse für meine Arbeit mitgenommen. Eine große Sorge ist die Perspektive einer rot-rot-grünen Regierung auf Bundesebene. Die Koalitionsverhandlungen für ein rot-rot-grünen Bündnis nach den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin geben einen ersten Vorgeschmack: Von unsinniger Verkehrspolitik über Cannabis-Legalisierung bis zur Verstaatlichung von Versorgungsunternehmen ist zu hören.

Vertrauliche Gespräche und eine Einladung zu Rentengesprächen in die Arbeitnehmergruppe: Reiner Meier mit Ministerpräsident Horst Seehofer.

Eines ist in München klar geworden: Der beste Weg, um die Bundesregierung nicht zum Versuchsfeld für bizarre Ideen zu machen, ist ein möglichst starkes Ergebnis der Unionsparteien bei der nächsten Bundestagswahl. Dazu muss sich aber auch unsere Schwesterpartei CDU wieder zu ihren Stärken bekennen: Einen klaren politischen Kurs und eine solide Verankerung an einer breiten Basis.

Impressionen vom Parteitag



Ein gefragter Interviewpartner in allen CSU-Fragen.

Im Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Johannes Singhammer und der Gesundheitsministerin Melanie Huml.

In eigener Sache: Reiner Meier einstimmig zum Spitzenkandidaten der SEN für die Bundestagswahl 2017 gewählt

Schulterschluss zwischen zwei große Arbeitsgemeinschaften: Auf der Landesversammlung der Senioren-Union in Würzburg wurde Reiner Meier einstimmig auch zum Spitzenkandidaten der Senioren-Union gewählt.

„Zuerst möchte ich der Senioren-Union für ihr überwältigendes Vertrauen und das gute Ergebnis danken“, so Reiner Meier. „Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass die älteren Menschen in unserem Land nicht in eine soziale Schieflage rutschen.“

Die Delegierten würdigten mit dem hervorragenden Ergebnis auch das Engagement des Tirschenreuther Bundestagsabgeordneten um eine Rentenreform. Schon im März hatte die oberpfälzische CSA unter seiner Federführung mit der Senioren-Union eine Rentenresolution verabschiedet. Wichtige Punkte, wie die volle Angleichung der Mütterrente oder bessere Rahmenbedingungen für private oder betriebliche Altersvorsorge, hatte im Anschluss der CSU-Parteivorstand auf seiner Klausur im September übernommen.

Reiner Meier ist überzeugt: „Eine faire und generationengerechte Rentenreform wird ein Megathema für die nächsten Jahre sein.“ Meier verwies auf dramatische Zahlen aus dem aktuellen Rentenbericht. Danach würde bis 2045 das Rentenniveau von heute 47,8 Prozent auf 41,6 Prozent fallen. „Das wäre Altersarmut mit Ansage. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.“

Nachdem sich die CSA bereits im Juli einstimmig für die Spitzenkandidatur ihres stellvertretenden Landesvorsitzenden ausgesprochen hatte, stellt sich mit der Senioren-Union eine weitere große Arbeitsgemeinschaft mit 12.000 Mitgliedern hinter Reiner Meier. Unterstützung erhält der Gesundheitspolitiker zudem aus den Reihen des Gesundheits-und Pflegepolitischen Arbeitskreises (GPA). Für den Tirschenreuther sind das wichtige Erfolge auf dem Weg zu einem sicheren Listenplatz.

Impressum - Verantwortlicher im Sinne des Presserechts

Reiner Meier MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-78955
Fax: 030 227-76956
reiner.meier@bundestag.de

Bürgerbüro Reiner Meier MdB
Schmellerstraße 20
95643 Tirschenreuth
Telefon: 09631 7987436
Fax: 09631 7998089
reiner.meier.wk@bundestag.de

www.reiner-meier.de